

Aktuelle Stunde zur Wohnraumförderung

29. Februar 2024 – Wie steht es um die öffentliche Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen? Der Landtag hat darüber in einer Aktuellen Stunde debattiert. Die SPD-Fraktion hatte die Aussprache beantragt.



Foto: Schälte

Die Fraktion bezog sich auf eine Pressekonferenz von Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) am 22. Februar 2024. Es sei um die Ergebnisse der öffentlichen Wohnraumförderung für 2023 gegangen. „In einem euphorischen Vortrag wurde verkündet, dass im zurückliegenden Jahr insgesamt 11.854 Wohneinheiten mit einem ‚Förder-Turbo‘ öffentlich gefördert worden seien“, heißt es im Antrag ([18/8188](#)) der SPD-Fraktion. Es sei der Eindruck erweckt worden, „als stünde es mit dem öffentlich geförderten Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen zum Besten“.

Auf den zweiten Blick relativierten sich die Zahlen jedoch „ganz erheblich“, so die SPD-Fraktion. Letztlich seien „nur 6.726 Wohneinheiten im Bereich des mietpreisgebundenen Wohnungsbaus neu erstellt worden“. Auch die 1.557 geförderten Eigentumsmaßnahmen seien „kein nennenswertes Ergebnis zur Entspannung des Wohnungsmarktes“.

„Die Landesregierung hat jeden Bezug zur Realität verloren“, begann [Sarah Philipp](#) (SPD) die Debatte. Die Bauministerin rechne sich schlechte Zahlen schön. Die im vergangenen Jahr neu geschaffenen preisgebundenen Wohnungen seien „ein Tropfen auf den heißen Stein“. „Wie fühlen sich die, die auf dem völlig

aus den Fugen geratenen Wohnungsmarkt gar keine Chance haben, eine Wohnung zu finden?“, fragte Philipp. Die Lage sei dramatisch, die Rahmenbedingungen schwierig. „Stärken Sie die Kommunen“, empfahl sie. Deren Finanzlage sei ein großes Hemmnis, selbst Wohnungen zu bauen. Ergänzend plädierte Philipp für eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft.

„Rezession und Inflation“

„Die öffentliche Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen ist und bleibt eine Erfolgsgeschichte“, hielt [Fabian Schrupf](#) (CDU) dagegen. Aus dem Krieg in Europa resultierten Lieferkettenprobleme, Preissteigerungen und Inflation. Hinzu komme ein Mangel an Fach- und Arbeitskräften. „Wir stecken tief in einer Rezession, die auch vor unserer Bau- und Wohnungswirtschaft nicht Halt macht. Wir stemmen uns mit aller Kraft dagegen“, betonte Schrupf. Die Bau- und Wohnungspolitik der Landesregierung sei verlässlich und planbar. Seiner Vorrednerin warf er „plumpes und pauschales Schlechtmachen“ vor. Die SPD trage nicht den geringsten Anteil zu einer Lösung bei.

„Wir brauchen mehr energetisch effizienten und bedarfsgerechten Wohnraum – im Eigen-

tum und zur Miete“, forderte [Angela Freimuth](#) (FDP). Hohe Bauzinsen sowie Energie- und Materialpreise, Kaufkraftverlust, Bürokratie und Auflagen, fehlende Fachkräfte, hohe Kaufnebenkosten, teure Flächen – all das verteuere Investitionen in dringend benötigten Wohnraum. „Eigentumserwerb ist vielfach nicht bezahlbar“, sagte Freimuth. Eine Senkung der Grunderwerbsteuer könne dem entgegenwirken. Förderprogramme des Landes allein wiederum könnten die gestiegenen Investitionen und Anforderungen im Wohnungsbau nicht vollständig kompensieren.

Der SPD-Antrag zur Aktuellen Stunde enthalte „nichts Neues“, kritisierte [Arndt Klocke](#) (Grüne). „Es ist immer die gleiche Schallplatte, die aufgelegt wird.“ In der Analyse seien sich alle einig. Die Frage, wie mehr sozialer Wohnraum geschaffen werden könne, sei aber nicht einfach zu beantworten. Statt „sachlich-konstruktive Vorschläge“ zu machen, gehe es der SPD nur um Aufmerksamkeit. Klar sei: Nordrhein-Westfalen sei „bundesweit vorbildlich, was die Wohnraumförderung angeht“. Das sei seit 25 Jahren der Fall. Das Land gebe eine Rekordsumme für die öffentliche Wohnraumförderung aus.

Um die Bilanz ihrer Wohnungsbaupolitik aufzuhübschen, verpacke die Landesregierung ihr Tun in „fulminante Worte“, sagte [Carlo Clemens](#) (AfD). Er sprach von „hochtrabendem Eigenlob“ und „Sprechblasen“. In Nordrhein-Westfalen fehlten geschätzt 300.000 Wohnungen. Besonders betroffen seien Ballungsräume. Fehlender Wohnraum und zugleich „anhaltend hohe Netto-Zuwanderung“ überforderten die Kommunen. Erforderlich sei deshalb eine „grundsätzliche Wende“ in der Wohnraumförderpolitik: „Wir müssen uns auf den Neubau konzentrieren.“ Clemens kritisierte in diesem Zusammenhang „völlig überzogene energetische Anforderungen“.

Der SPD-Fraktion gefalle „überhaupt nicht, dass eine Landesregierung mit ihren Maßnahmen Erfolg für den öffentlichen Wohnungsbau und damit für Mieterinnen und Mieter hat“, sagte Bauministerin [Ina Scharrenbach](#) (CDU). Deshalb versuche man, deren Arbeit schlechtzureden. „Diese Landesregierung baut sowohl für die, die wenig Geld haben, als auch für die mittleren Einkommen, damit sie sich Wohnen leisten können – und zwar auf einem Neubaustandard.“ Für Wohnungsbaupolitik sei nicht allein das Land zuständig, sagte die Ministerin. Auf Bundesebene aber ziehe sich die SPD aus der Verantwortung. sow, tob, zab